

Kreisblatt für den Kreis Gießen.

Nr. 27

24. März

1916

Bekanntmachung

über die Einfuhr von Käse. Vom 11. März 1916.

Auf Grund des § 6 Abs. 2 der Verordnung des Bundesrats über Käse vom 13. Januar 1916 (Reichs-Gesetzblatt S. 31) wird folgendes bestimmt:

§ 1. Käse, der nach dem Inkrafttreten dieser Bestimmungen aus dem Ausland eingeführt wird, darf nur durch die Zentral-Einkaufsgesellschaft m. b. H. in Berlin oder mit ihrer Genehmigung und der von ihr vorgeschriebenen Kennzeichnung als „Auslandskäse“ in den Verkehr gebracht werden. Wer nach diesem Zeitpunkt Käse aus dem Ausland einführt, hat ihn an die Zentral-Einkaufsgesellschaft zu verkaufen und zu liefern.

Als Einführer im Sinne dieser Bestimmungen gilt, wer nach Eingang der Ware im Inland zur Verfügung über sie für eigene oder fremde Rechnung berechtigt ist. Befindet sich der Verfügungsberechtigte nicht im Inland, so tritt an seine Stelle der Empfänger.

§ 2. Wer aus dem Ausland Käse einführt, ist verpflichtet, der Zentral-Einkaufsgesellschaft unter Angabe von Menge, Art, Einkaufspreis und Bestimmungsort unverzüglich nach der im Inland erfolgten Verladung Anzeige zu erstatten, auch alle sonst handelsüblichen Mitteilungen an die Zentral-Einkaufsgesellschaft weiterzuleiten. Er hat den Eingang der Ware und deren Aufbewahrungsort der Zentral-Einkaufsgesellschaft unverzüglich anzuzeigen. Die Anzeigen und Mitteilungen erfolgen telegraphisch und sind schriftlich zu bestätigen. Dabei ist, wenn möglich, ein von der Zentral-Einkaufsgesellschaft vorgeschriebener Vordruck zu benutzen.

§ 3. Wer aus dem Auslande Käse einführt, hat die Ware bis zur Abnahme durch die Zentral-Einkaufsgesellschaft mit der Sorgfalt eines ordentlichen Kaufmanns zu behandeln, in handelsüblicher Weise zu verpacken und auf Abruf nach den Anweisungen der Zentral-Einkaufsgesellschaft zu verladen. Er hat ihn auf Verlangen der Gesellschaft an einem von dieser zu bestimmenden Orte zur Besichtigung zu stellen.

§ 4. Die Zentral-Einkaufsgesellschaft hat sich unverzüglich nach Empfang der Anzeige von der Einfuhr, und wenn eine Besichtigung vorgenommen wird, unverzüglich nach der Besichtigung zu erklären, ob sie den Käse übernehmen will.

§ 5. Die Zentral-Einkaufsgesellschaft setzt den Uebernahmepreis für den von ihr abgenommenen Käse endgültig fest.

Erfolgt die Ueberlassung nicht freiwillig, so wird das Eigentum am Antrag der Zentral-Einkaufsgesellschaft durch Anordnung der zuständigen Behörde auf die Gesellschaft oder die von ihr im Antrag bezeichnete Person übertragen. Die Anordnung ist an den zur Ueberlassung Verpflichteten zu richten. Das Eigentum geht über, sobald die Anordnung ihm zugeht.

§ 6. Die Annahme hat auf Verlangen des Verpflichteten spätestens binnen 14 Tagen von dem Tage ab zu erfolgen, an dem der Zentral-Einkaufsgesellschaft das Verlangen zugeht. Erfolgt die Annahme innerhalb der Frist nicht, so geht die Gefahr des Untergangs und der Verschlechterung auf die Zentral-Einkaufsgesellschaft über, und der Kaufpreis ist von diesem Zeitpunkt ab mit 1 vom Hundert über den jeweiligen Reichsbankdiskontsatz zu verzinsen. Die Zahlung erfolgt spätestens 14 Tage nach Annahme.

§ 7. Alle Streitigkeiten, die sich zwischen den Beteiligten über die Lieferung, Behandlung, Aufbewahrung, Versicherung und den Eigentumsübergang ergeben, entscheidet die höhere Verwaltungsbehörde endgültig.

Die Landeszentralbehörden bestimmen, wer als höhere Verwaltungsbehörde im Sinne dieser Bestimmung anzusehen ist.

§ 8. Ausgenommen von diesen Bestimmungen sind geringfügige Mengen, die als Reisebedarf oder im Grenzverkehr aus dem Ausland eingeführt werden, sofern die Einfuhr nicht zu Handelszwecken erfolgt.

§ 9. Die Zentral-Einkaufsgesellschaft hat bei der Verteilung des von ihr erworbenen Käses die Bestimmungen des Reichsländers oder der von ihm bestimmten Stelle innezuhalten.

§ 10. Der Erlaß von Vorschriften über die Durchfuhr von Käse bleibt vorbehalten.

§ 11. Wer Käse, der im Ausland hergestellt ist, zu höheren Preisen als den in der Verordnung über Käse vom 13. Januar 1916 (Reichs-Gesetzblatt S. 31) festgesetzten Höchstpreisen verkauft, hat ihn äußerlich erkennbar durch die Bezeichnung „Auslandskäse“ zu kennzeichnen. Die Landeszentralbehörden erlassen Anordnungen zur Ausführung dieser Bestimmung. Sie können auch Vorschriften erlassen, um sicherzustellen, daß im Großhandel inländischer Käse nicht als ausländischer Käse in den Verkehr gebracht wird. Sie bestimmen ferner, wer als höhere Verwaltungsbehörde und als zuständige Behörde im Sinne dieser Bestimmungen anzusehen ist.

§ 12. Mit Gefängnis bis zu sechs Monaten oder mit Geldstrafe bis zu fünfzehnhundert Mark wird bestraft, wer den Vor-

schriften in § 1, § 2 Satz 1 bis 3, § 3 oder § 11 Satz 1 oder den auf Grund des § 11 erlassenen Anordnungen zuwiderhandelt.

Bei Zuwiderhandlungen gegen die Anzeige- und Lieferungs-pflicht kann neben der Strafe der Käse, auf den sich die strafbare Handlung bezieht, eingezogen werden, ohne Unterschied, ob er dem Täter gehört oder nicht.

§ 13. Diese Bekanntmachung tritt am 20. März 1916 in Kraft. Berlin, den 11. März 1916.

Der Stellvertreter des Reichsländers.
Delbrück.

Bekanntmachung.

Betr.: Speisefett und Margarine.

Der Kriegsausschuß für pflanzliche und tierische Öle und Fette hat mit meiner Zustimmung die durch Verpflichtungsschein mit den Margarine- und Speisefettfabriken, sowie dem Margarine- und Speisefetthandel vereinbarten Groß- und Kleinhandelspreise mit Wirkung vom 15. März 1916 wie folgt geändert:

Die Großhandelspreise dürfen für Margarine auf 1,83 Mark, die für Speisefett aller Art mit 100 v. H. Fettgehalt, wie Schmelzmargarine, Pflanzenfett, Kunstspeisefett usw., auf 2,15 Mark; die Kleinhandelspreise für den unmittelbaren Bezug der Verbraucher bei Margarine auf 2 Mark und bei Speisefett aller Art mit 100 v. H. Fettgehalt auf 2,32 Mark — sämtliche Preise für das Pfund berechnet — erhöht werden.

Durch diese Bekanntmachung werden die Angaben in den Verpflichtungsscheinen in der oben angegebenen Weise geändert, so daß der Absatz zu den neuen Preisen vom 15. März morgens ohne besondere Bekanntmachung durch den Kriegsausschuß oder die Margarinefabriken erfolgt.

Berlin, den 12. März 1916.

Der Reichsländler.

Im Auftrage: Frhr. von Stein.

Bekanntmachung

über die gewerbliche Verarbeitung von Rohharz.

Vom 9. März 1916.

Der Bundesrat hat auf Grund des § 3 des Gesetzes über die Ermächtigung des Bundesrats zu wirtschaftlichen Maßnahmen usw. vom 4. August 1914 (Reichs-Gesetzblatt S. 327) beschlossen:

§ 1. Die gewerbliche Verarbeitung von Kiefernrohharz darf nur durch den Kriegsausschuß für pflanzliche und tierische Öle und Fette, S. m. b. H., in Berlin erfolgen.

Der Reichsländler kann nähere Bestimmungen erlassen und Ausnahmen zulassen.

§ 2. Der Kriegsausschuß hat für die alsbaldige Verarbeitung des ihm gelieferten Kiefernrohharzes zu sorgen und die gewonnenen Erzeugnisse nach den Weisungen des Reichsländers abzugeben.

§ 3. Mit Geldstrafe bis zu eintaufendfünfhundert Mark oder mit Gefängnis bis zu drei Monaten wird bestraft:

1. wer der Vorschrift des § 1 oder den von dem Reichsländler erlassenen Ausführungsbestimmungen zuwiderhandelt;
2. wer wissentlich Erzeugnisse, die der Vorschrift des § 1 zuwider hergestellt sind, verkauft, feilhält oder sonst in Verkehr bringt.

§ 4. Diese Verordnung tritt mit dem Tage der Verkündung in Kraft. Der Reichsländler bestimmt den Zeitpunkt des Inkrafttretens.

Berlin, den 9. März 1916.

Der Stellvertreter des Reichsländers.
Delbrück.

Bekanntmachung.

Betr.: Gefahrtarif.

Die Beibehaltung des Gefahrtarifs der land- und forstwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft für das Großherzogtum Hessen, gültig zur Berechnung der Losen für die Jahre 1913 und 1914, wird für die Jahre 1915 bis 1919 genehmigt.

Berlin, den 19. Februar 1916.

Das Reichsversicherungsamt.
Abteilung für Unfallversicherung.
gez. Dr. Kaufmann.

Bekanntmachung

betreffend: Verbot der Einfuhr von Kleinvieh zu Bucht- und Nutzzwecken nach Oesterreich.

Das I. O. Oesterreichische Ministerium hat durch Rundschreiben vom 3. Februar l. J. wegen Herrschafts der Maul- und Klauenseuche in zahlreichen Gebieten des Deutschen Reichs die Einfuhr von Kleinvieh zu Bucht- und Nutzzwecken aus diesen Ge-

bleten, darunter aus der Provinz Starkenburg, nach den im Reichs-
rat vertretenen Königreichen und Ländern unbedingt verboten.
Darmstadt, den 13. März 1916.

Großherzogliches Ministerium des Innern.
v. Sombert.

XVIII. Armee-Korps
Stellvertretendes Generalkommando
Abt. III b. Tgb.-Nr. 870.

Frankfurt a. M., den 23. Februar 1916.

Betr.: Verbot der Aufnahme von Photographien.

Die Verordnung vom 9. Juli 1915 (III b 13 781/6205) betr.
das Verbot der Aufnahme von Photographien wird im Einver-
nehmen mit dem Gouverneur der Festung Mainz auf das Photo-
graphieren, Zeichnen, Malen oder sonstige Abbilden der Stellungen
von Ballonabwehrkanonen und Maschinengewehren sowie von
Scheinverferanlagen ausgedehnt.

Der Kommandierende General:
Freiherr von Gall, General der Infanterie.

Verbot

des Fällen von Edelkastanienbäumen des Stellvertretenden
Generalkommandos XVIII. Armee-Korps.

Auf Grund des § 9 b des Gesetzes über den Belagerungs-
zustand vom 4. Juni 1851 bestimme ich für den mir unterstellten
Korpsbezirk und — im Einvernehmen mit dem Gouverneur —
auch für den Bereich der Festung Mainz:

„Das Fällen von Edelkastanienbäumen ist nur mit
schriftlicher Erlaubnis des Regierungspräsidenten — im
Großherzogtum Hessen das Ministerium des Innern —
zulässig.“

Zuüberhandlungen werden mit Gefängnis bis zu
einem Jahre, beim Vorliegen mildernder Umstände mit
Haft oder mit Geldstrafe bis zu 1500 Mark bestraft.“
Frankfurt, a. M., den 16. März 1916.

Der Kommandierende General Freiherr von Gall,
General der Infanterie.

Betr.: Rechnung der Provinzialkasse Oberhessen für 1912.

Auszug

aus der von Großherzoglicher Oberrechnungs-
kammer festgesetzten Rechnung der Provinzial-
kasse der Provinz Oberhessen für das Rechnungs-
jahr 1912.

Einnahme M. S.	Bezeichnung der Rubriken	Ausgabe M. S.
476 739 77	1. Beiträge der Kreise	—
9 975 36	3. Allgemeine Verwaltung	25 617 24
37 476 59	4. Kreisstraßen	458 813 11
—	5. Unterricht, Wissenschaft und Kunst	6 100 —
132 483 46	6. Gesundheitspflege	187 529 82
932 36	7. Landwirtschaft, Gewerbe und Verkehr	5 904 64
—	8. Unterstützungen	7 753 04
7 859 60	9. Kapitalzinsen	166 57
40 —	10. Agiogewinn, Zinsvergütung und Reichsstempelssteuer	— 40
1 590 72	11. Zurückzuleihende u. auszuliehende Kapitalien	1 600 —
—	12. Aufzunehmende und zurückzuzahlende Kapitalien	—
—	13. Uebringliche Posten und Nachlässe	175 75
165 95	14. Ausstände	—
100 070 82	15. Rassevorrat	—
767 334 63		693 660 57

Die Einnahme beträgt . . . 767 334 63 M.

Die Ausgabe beträgt . . . 693 660 57 „

Verglichen bleibt Rest 73 674 06 M.

und dieser besteht:

1. in barem Vorrat . . . 73 147 16 M.,

2. in Vorklagen 200 — „

3. in Ausständen 336 90 „

Summe wie oben 73 674 06 M.

Gießen, den 17. Januar 1914.

Der Provinzialkassarechner.

gez. N a u h.

Revidiert, ohne daß sich für den Abschluß eine Menderung er-
geben hat.

Darmstadt, den 3. Februar 1916.

Großherzogliche Oberrechnungskammer,
gez. B r a u n.

Nach gemäß Art. 79 und 43 der Kreis- und Provinzial-Ver-
ordnung veröffentlicht.

Gießen, den 17. März 1916.

Der Vorstand des Provinzialausschusses der Provinz Oberhessen.
Dr. U s i n g e r.

Bekanntmachung.

Betr.: Die Sonntagsruhe und wechselnder Nachtdienst in den
Apotheken zu Gießen.

Großherzogliches Ministerium des Innern hat folgende An-
ordnung für die Apotheken der Stadt Gießen getroffen:

1. Sämtliche Apotheken sind jeden Sonn- und Feiertag bis
3 Uhr nachmittags offen zu halten.

2. Von 3 Uhr nachmittags ab bis zum nächsten Vormittag
7 Uhr dürfen zwei Apotheken geschlossen bleiben.

3. Die diensthabende Apotheke darf um 9 Uhr abends schließen
und hat für die kommende Woche den Nachtdienst allein zu über-
nehmen. Für die Bevölkerung muß dieselbe durch Ziehen der Nacht-
glocke jederzeit zugänglich sein.

4. Die Apotheker werden an ihren Geschäften in auffälliger
und auch zur Nachtzeit gut lesbarer Weise einen Anschlag an-
bringen, auf den die diensthabende Apotheke genau mit Angabe
der Straße bezeichnet ist.

5. In den wichtigsten Zeitungen, die in der Stadt Gießen
und Umgebung gelesen werden, werden die Apotheker wöchentlich
einmal den zeitweisen Schluß ihrer Apotheken zur Kenntnis der
Bevölkerung bringen.

6. Den Ärzten der Stadt Gießen und Umgebung werden die
Apotheker monatlich einmal eine Mitteilung zugehen lassen, aus
der hervorgeht, wann die einzelnen Apotheken der Bevölkerung
zugänglich sind.

Gießen, den 21. März 1916.

Großherzogliches Kreisamt Gießen.

Dr. U s i n g e r.

Betr.: Regelung der Beschaffung, des Absatzes und der Preise
von lebendem Vieh.

An Großh. Polizeiamt Gießen und die Großh. Bürger-
meistereien der Landgemeinden des Kreises.

Wir empfehlen Ihnen, nachstehend abgedruckte Bekanntmachung
des Vorstandes des Oberhessischen Viehhandelsverbandes in orts-
üblicher Weise zur Kenntnis der Beteiligten zu bringen.

Gießen, den 21. März 1916.

Großherzogliches Kreisamt Gießen.

J. B. Hemmerde.

Bekanntmachung.

Durch Großh. Ministerium des Innern ist angeordnet worden,
daß die Ausweisarten und Nebenarten der Mitglieder des Vieh-
handelsverbandes mit den Photographien ihrer Inhaber versehen
werden sollen. Damit die Identität festgestellt und die Photo-
graphie durch Aufdruck unseres Siegels beglaubigt werden kann,
haben die Karteninhaber persönlich auf unserem Geschäfts-
zimmer (Zimmer 18, Kreisamt Gießen) Karte und Photographie
vorzulegen. Die erforderliche Photographie ist in Visitenkarten-
format und unaufgezogen uns beizubringen. Sie muß ähnlich und
gut erkennbar sein, eine Kopiegröße von mindestens 1,5 cm haben
und darf in der Regel nicht älter als 5 Jahre sein.

Das Aufkleben der Photographien nehmen wir selber vor, und
zwar nur

in den Tagen vom 10. bis 15. April, vormit-
tags von 9—12, nachmittags von 3—6 Uhr.

Nach dem 15. April haben Karten ohne eine von uns auf-
geklebte und durch Abstempelung beglaubigte Photographie keine
Gültigkeit mehr.

Der Vorstand des Oberhessischen Viehhandelsverbandes.

Der Vorsigende: Stalweit.

Bekanntmachung.

Betr.: Die Besteuerung der Klaviere, Automaten und Musik-
werke, Luxuswagen und Luxusreitverbe.

Unter Hinweis auf Artikel 33 des Gesetzes vom 12. August
1899, in der Fassung der Bekanntmachung vom 24. März 1910,
wird hiermit zur öffentlichen Kenntnis gebracht, daß die
Stempelabgabe:

1. für Verkaufs- oder Wagaautomaten,
2. „ automatische Kraftmesser,
3. „ Automaten, die zur Unterhaltung des Publikums
dienen,
4. „ alle in öffentl. Wirtschaftslökalen aufgestellte Kla-
viere oder sonstige Musikwerke,
5. „ Luxuswagen und Luxusreitverbe,

für das J. 1916 im Monat März an allen Wochentagen vom
vormittags 9—12 Uhr auf dem Bureau der unterzeichneten Be-
hörde, Zimmer Nr. 1, dahier zu entrichten ist.

Wer bis zum 31. März 1916 die Abmeldung der stempelpflich-
tigen Automaten usw. bei uns nicht bewirkt hat, ist zur Weiter-
entrichtung der Abgabe bei Meldung der Bestrafung und zwangs-
weisen Beitreibung verpflichtet.

Sollte die Entrichtung der Abgabe im Wege der Postein-
zahlung erfolgen, so sind die Geldbeträge stets ganz frei ein-
zuzahlen.

Die für das J. 1915 ausgestellten Karten sind vorzulegen.

Gießen, den 25. Februar 1916.

Großherzogliches Kreisamt Gießen.

J. B. Hemmerde.

Betr.: Wie oben.

Gießen, den 25. Februar 1916.

An das Großh. Polizeiamt Gießen und an die
Großh. Bürgermeistereien der Landgemeinden des Kreises.
Vorstehende Bekanntmachung ist auf ortsübliche Weise
wiederholt zu veröffentlichen.

Großherzogliches Kreisamt Gießen.
J. B.: Hemmerde.

Bekanntmachung.

Betr.: Die Ausführung des Urkundenstempelgesetzes v. 12. Aug.
1899 in der Fassung der Bekanntmachung vom 24. März
1910; hier: die Erhebung der Stempelabgaben für
Fahrräder.

Unter Hinweis auf Artikel 33 des obigen Gesetzes wird hier-
mit zur Kenntnis gebracht, daß der Stempelbetrag für

Fahrräder

für das Rechnungsjahr 1916, d. i. die Zeit vom 1. April 1916
bis 31. März 1917) im Monat März 1916 an allen Wert-
tagen, vormittags von 9—12 Uhr, auf dem Bureau der unter-
zeichneten Behörde, Zimmer Nr. 1, zu entrichten ist.

Wir fordern hiermit alle Besitzer von Fahrrädern, die diese
auf öffentlichen Wegen und Plätzen benutzen, auf, die Stempel-
abgabe für 1916 mit 5 Mark von jetzt ab zu entrichten, oder,
sofern die Voraussetzungen hierzu vorliegen, Antrag auf Be-
freiung von der Abgabe zu stellen.

Sollte die Entrichtung der Abgabe im Wege der Posteingahlung
erfolgen, so sind die Geldbeträge stets ganz frei einzuzahlen,
auch müssen die früheren Radfahrkarten mit eingelangt werden.

Wer bis zum 31. März 1916 von der Entrichtung der
Abgabe befreit ist, hat erneutes Befreiungsgesuch binnen gleicher
Frist bei der Bürgermeisterei seines Wohnortes oder in der
Stadt Gießen dem Polizeiamt vorzubringen. Hierbei ist die
früher erteilte Radfahrkarte und der letzte Staatssteuerzettel
(2 Blätter) vorzulegen. Befreiungsanträge, die nach dem 1. April
1916 gestellt werden, können keine Berücksichtigung mehr finden.

Die Stempelabgabe wird von all denjenigen Personen, die
ausweislich unseres Regsters zur Zahlung verpflichtet sind,
einerlei, ob sie bisher die Abgabe entrichtet haben oder von
derselben befreit waren, beigetrieben werden, falls die von ihnen
benutzten Fahrräder nicht bis spätestens 31. März 1916
unter Rückgabe der Nummerplatte bei uns abgemeldet worden
sind. Auch wird die Bestrafung der Säumigen auf Grund des
Urkundenstempelgesetzes erfolgen.

Gießen, den 25. Februar 1916.

Großherzogliches Kreisamt Gießen,
J. B.: Hemmerde.

Gießen, den 25. Februar 1916.

Betr.: Wie oben.

An das Großh. Polizeiamt Gießen und an die
Großh. Bürgermeistereien der Landgemeinden des Kreises.
Vorstehende Bekanntmachung wollen Sie wiederholt ver-
öffentlichen.

Die bei Ihnen eingehenden Gesuche um Befreiung von der
Stempelabgabe wollen Sie zunächst sammeln und in Verzeichnisse
zusammenstellen und diese Verzeichnisse nebst den letzten Rad-
fahrkarten der betr. Radbesitzer, den Steuerzetteln und etwa sonst
noch vorhandenen Nachweisen bis zum 15. März 1916 an uns
einsenden. Die Einträge in den Verzeichnissen sind in der Reihen-
folge der Nummern der Radfahrkarten zu vollziehen. Verzeich-
nisse, die dieser Vorschrift nicht entsprechen, werden wir als „Porto-
pflichtige Dienstblättchen“ zur Neuauflistung zurückgeben. Formu-
lare für Verzeichnisse sind bei der Firma W. Allee dahier erhältlich.
Großherzogliches Kreisamt Gießen.
J. B.: Hemmerde.

Bekanntmachung.

Betr.: Ausführung der Gefindeordnung.

Um täglich bei uns geltend gemachte Zweifel zu beheben,
sehen wir uns veranlaßt, darauf hinzuweisen, daß nach den Be-
stimmungen der Gefindeordnung und des auf Grund des Artikels 7
der Gefindeordnung für die Stadt Gießen erlassenen Ortsstatuts
vom 30. August 1900 sämtliche Dienstbotenverträge,
für welche nicht ausdrücklich eine bestimmte Dienstdauer vereinbart,
als auf die Dauer eines Kalendervierteljahres
abgeschlossen gelten.

Wird ein solcher Dienstvertrag nicht vier Wochen vor
dem Ablauf des Kalendervierteljahres aufge-
kündigt, so ist er stillschweigend auf ein weite-
res Kalendervierteljahr als erneut anzusehen.

Es ergibt sich hieraus, daß in der Stadt Gießen Dienst-
botenverträge nur auf den 1. Januar, 1. April,
1. Juli und 1. Oktober aufgekündigt werden kön-
nen und daß die Kündigung spätestens vier Wochen vor
dem jeweiligen Termin erfolgt sein muß, es sei
dann, daß ausdrücklich etwas anderes zwischen den Parteien verein-
bart ist.

Dies gilt auch dann, wenn der Lohn nach Mo-
naten bemessen ist, da der von monatlicher Lohnzahlung
handelnde Absatz 4 des Artikels 6 der Gefindeordnung mit den
übrigen Bestimmungen des Artikels 6 durch das erwähnte Orts-
statut außer Kraft gesetzt ist.

Ebenso macht es keinen Unterschied, ob ein Dienstver-
hältnis am Anfang oder erst im Laufe eines Ka-
lendervierteljahres eingegangen worden ist, da
ein im Laufe des Kalendervierteljahres eingegangenes Dienstver-
hältnis zunächst bis zum Ende des Kalendervierteljahres und dann
in der oben bezeichneten Weise von Vierteljahr zu Vierteljahr
weiterläuft.

Gießen, den 21. März 1916.

Großherzogliches Polizeiamt Gießen,
Hemmerde.

Bekanntmachung.

Betr.: Sonntagsruhe in den Apotheken.

Wir bringen zur öffentlichen Kenntnis, daß von Sonntag,
den 26. d. Mts., nachmittags 3 Uhr, bis Montag, den 27. d. Mts.,
früh nur die Engel-Apotheke geöffnet ist.

Gießen, den 22. März 1916.

Großherzogliches Polizeiamt Gießen,
Hemmerde.

Monatl. Uebersicht der Todesfälle in der Stadt Gießen.

Monat Februar 1916.

Einwohnerzahl: angenommen zu 33 100 (inkl. 1600 Mann Militär).

Sterblichkeitsziffer: 25,01 ‰

Nach Abzug von 33 Ortsfremden: 18,05 ‰

Es starben an	Jah.	Ge- wachsene	im 1. Lebens- jahr	Kinder vom 2. bis 14. Jahr
Ungeborener Lebensschwäche	8 (2)	—	3 (2)	—
Myerschwäche	2	2	—	—
Scharlach	2 (1)	—	—	2 (1)
Diphtherie und Krupp	10 (8)	2 (1)	1	7 (7)
Keuchhusten	1	—	—	1
Rose	1	—	1	—
anderen Wundkrankheiten	3 (8)	8 (8)	—	—
Tuberkulose der Lungen	6 (1)	5 (1)	—	1
Tuberkulose anderer Organe	8 (2)	2 (2)	—	1
Lungenentzündung	11 (6)	7 (4)	1	8 (1)
Krankheiten der Atmungs- organe	2	2	—	—
Krankheiten der Kreislauf- organe	8 (5)	8 (6)	—	—
Gehirnschlag	2	2	—	—
anderen Krankheiten des Nervensystems	5 (8)	4 (3)	1	—
Krankheiten der Verdauungs- organe	2 (2)	2 (2)	—	—
Krebs	4 (4)	4 (1)	—	—
anderen bösartigen Geschwülsten	1	1	—	—
Selbstmord	1	1	—	—
andere benannten Todes- ursachen	1	—	—	1
unbenannten Todesursachen	1	—	1	—
Summa:	69 (33)	45 (22)	8 (2)	16 (9)

Anm.: Die in Klammern gesetzten Ziffern geben an, wie viel
der Todesfälle in der betreffenden Krankheit auf von auswärts
nach Gießen gebrachte Kranke kommen.

Meteorologische Beobachtungen der Station Gießen.

März 1916	Barometer auf 0° reduziert	Temperatur der Luft	Absolute Feuchtigkeit	Relative Feuchtigkeit	Wind- richtung	Windstärke	Grad der Bewölkung in Zehntel der Höhen. Nimmelsch.	Weiter
28. 3 ^u	—	7,0	5,5	74	—	—	10	Wob. Himmel
29. 8 ^u	—	3,5	4,7	80	—	—	10	" "
24. 7 ^u	—	2,9	5,3	94	—	—	10	Regen

Höchste Temperatur am 22. bis 23. März 1916: + 8,2° C.

Niedrigste " 22. " 23. " 1916: + 3,2° C.

Niederschlag 2,2 mm.

Märkte.

ic. Wiesbaden, 23. März. Heu- und Strohmarkt.
Man notierte: Heu 8,25—9,00 Mk., Stroh (Krummstroh) 0,00 bis
0,00 Mark. Alles per 50 Kilo. — Fruchtmarkt. Am Frucht-
markt war nichts angefahren.